

Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg



von steigenden
Strompreisen



DIE LINKE.

Für eine neue soziale Idee.

Foto: Marco Barnebeck_pixelio.de

Bundestagsreport 18/ 2012

der Landesgruppe Brandenburg

Inhalt

04

Strompreise auf den Prüfstand - bundesweit und kommunal

von Dr. Dagmar Enkelmann

08

Kinder stärken heißt, ihnen Rechte geben

von Diana Golze

12

Genossenschaftskonferenz der Linksfraktion

von Kirsten Tackmann

16

Pressemitteilungen

35

Reden

37

Impressum

06

Die europäische Kraftprobe

von Thomas Nord

10

Altmunition in der Ostsee - und wie weiter?

von Sabine Stüber

14

Sanktionen bei Hartz IV-Betroffenen Millionenfach verfassungswidrig

von Wolfgang Nešković

24

Anträge, Anfragen & Initiativen

36

Kontakt

Strompreise auf den Prüfstand

bundesweit und kommunal

von
Dr. Dagmar Enkelmann

Mitte November erhielten viele Bernauer Haushalte Post von ihrem Stromversorger, den Stadtwerken: Ab 2013 müssten sie für Strom tiefer in die Tasche greifen und knapp 100 Euro für einen Durchschnittsverbrauch von 2500 kWh im Jahr mehr bezahlen. Das ist ein Aufschlag, der viele Einwohnerinnen und Einwohner in Unruhe versetzt. Soll Strom zum Luxusgut werden?

Als Vorsitzende der Stadtfraktion DIE LINKE habe ich deshalb die Geschäftsführerin der Stadtwerke gebeten, auf einer Einwohnerversammlung den Fragen der Bürgerinnen und Bürger Rede und Antwort zu stehen. So erschließen sich für viele kaum all die Abkürzungen, mit denen auch die Bernauer Stadtwerke den steigenden Strompreis begründen.

So wird z.B. eine sogenannte Offshore-Umlage einkalkuliert. Hinter dem harmlosen Namen verbirgt sich ein wahrhaftes Geschenk an die großen Stromunternehmen, die in der Nord- und Ostsee große Windstromparks bauen. Weil aber der zuständige Netzbetreiber seine Gewinne offenbar lieber an die Eigner abtritt oder hortet, fehlt nun an der Küste die Infrastruktur, um den Strom abzutransportieren, kann der Windstrom nicht verkauft werden. Für die Einbußen soll nun der Stromkunde gerade stehen. Das ist völlig inakzeptabel.

Das gilt auch für die so genannte „§ 19 StromNEV-Umlage“. Dahinter verbirgt sich die Entlastung stromintensiver Unternehmen von den Netzentgelten. Dafür sollen die anderen Stromkunden, Haushalte vor allem, im Jahr 2012 bundesweit ca. 800 Millionen Euro mehr bezahlen. Allein das kostet einem Bernauer Haushalt - umgerechnet - mindestens 8 Euro zusätzlich im Jahr. Dann sind da noch tausende größere und kleinere Unternehmen, deren Anträge auf Entlastung von der EEG-Umlage von der Bundesregierung problemlos genehmigt wurden. Auch hier kommen Milliarden zusammen, die von der großen

Mehrheit ganz normaler Stromverbraucher bezahlt werden muss.

Es ist klar, dass Stadtwerke, wie die Bernauer, für solch falsche Weichenstellungen nichts können. DIE LINKE stellt deswegen ganz klare Forderungen an die Bundesregierung, damit die Energiewende nicht - wie gegenwärtig - zu Lasten der großen Mehrheit der Stromverbraucherinnen und -verbraucher geht.

Die Strompreise gehören auf den Prüfstand. Es gilt zunächst, die Willkür der großen Stromversorger zu beenden. Um rund zwei Cent könnte der Strompreis niedriger liegen, gäbe es eine funktionierende Stromaufsicht, die aber 2007 abgeschafft wurde. Für DIE LINKE sind die Privilegien der Industrie beim Strompreis unsozial. Künftig haben sich an der Finanzierung der Energiewende auch energieintensive Unternehmen zu beteiligen. Jeder Energieversorger, so verlangt DIE LINKE weiter, wird verpflichtet, einen Sockeltarif für Strom einzuführen. Das Sperren der Stromversorgung bei privaten Haushalten aufgrund von Zahlungsunfähigkeit muss beendet werden. DIE LINKE setzt sich für eine Abwrackprämie für Stromfresser ein, konkret für einen Zuschuss von 200 Euro für einen neuen Kühlschrank, eine neue Wasch- oder Spülmaschine mit der Energieeffizienzklasse A+++.

Trotz des offenkundigen Versagens der Bundesregierung stehen auch kommunale Stadtwerke in Verantwortung, sich über soziale Folgen erhöhter Strompreise Gedanken zu machen. Was kann es zu mehr Energieeffizienz und -einsparung tun? Gibt es die Möglichkeit zu Sozialtarifen? Wie sehen die Konditionen aus, zu denen der Strom eingekauft oder selbst erzeugt wird? Diese Fragen lassen sich nicht von heute auf morgen lösen, müssen aber angegangen werden. Ein guter Weg wäre hier, wenn die Stadtwerke zusammen mit der Stadt, den Stadtverordneten und interessierten Bürgerinnen und Bürgern ein kommunales Energiekonzept auf die Beine stellten.



DIE EUROPÄISCHE KRAFTPROBE

VON THOMAS NORD

Die Rating-Agentur Moody's hat, wie in der vorhergehenden Sitzungswoche bereits vorhergesehen, der zweitgrößten Volkswirtschaft der Euro-Zone die Bonitäts-Bestnote entzogen. Nun haben nur noch die Niederlande, Finnland, Luxemburg und Deutschland die Höchstbewertung.

Mit der Abstufung wurde vor allem der Spaltkeil in den deutsch-französischen Beziehungen ein Stück tiefer eingeschlagen. Die Renditen von zehnjährigen Staatsanleihen stiegen für Frankreich leicht an, der Euro hingegen fiel. Dieser Prozess fällt im Moment nicht stärker aus, weil die Staatsanleihen, verglichen mit denen aus Italien oder Spanien, als sicherer gelten. Gleichzeitig werfen sie einen höheren Gewinn ab als diejenigen aus Deutschland, die einen Negativzins haben. Das sind zwei wichtige Argumente, warum die

Zinsentwicklung bislang nicht so scharf ausfällt, wie dies befürchtet wird. Aber dem liegt eine politische Erwartung der Anleger an „Reformen“ und an „mehr Haushaltsdisziplin“ zu Grunde. Bleiben sie aus, wird sich die Lage verändern. Moody's hat bereits weitere Abstufungen für den Fall angekündigt, dass sich der Wirtschaftsausblick verschlechtern sollte oder der Reformkurs stockt.

Frankreich - der neue kranke Mann in Europa?

Diese Erwartung wird durch Eskalation der politischen Lage untersetzt. Nun wird zunächst das Lied von der Faulheit der Arbeitnehmer, das letztes Jahr noch in Griechenland, Spanien und Italien gesungen wurde, intoniert. In keinem hoch entwickelten Land der westlichen Welt würden die Arbeitnehmer so wenige Arbeitsstunden pro Jahr leis-

ten wie in Frankreich. Die Staatsquote sei mit fast 57 Prozent eine der höchsten in der OECD, die Steuerbelastungen für Unternehmen und natürliche Personen nähmen überdies Spitzenplätze ein. Frankreichs Verschuldung ist bis zur Jahresmitte auf 91 Prozent der Wirtschaftsleistung gestiegen und damit über die Marke von 90 Prozent, die Mitglieder der Regierung als bedrohlich für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes bezeichnet haben. Die Haushaltslage verschärft sich weiter, der politische Druck auf den neuen französischen Präsidenten Hollande wird erhöht, er wird aufgefordert, die Ankündigungen der letzten Woche umzusetzen und zügig Maßnahmen zu ergreifen. Die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft soll gesteigert werden und das öffentliche Defizit reduziert. Die bisher angekündigten Maßnahmen werden als nicht weitgehend genug gewertet.

Kein Geld für Griechenland wegen Haushaltsdebatte

Frankreich wird als der kranke Mann in Europa dargestellt, der Arbeitsmarkt als verkrustet, dies kennen wir aus den Jahren vor der Verkündung der Agenda-2010. Weil die Erwartungen der Finanzmärkte und die politische Position des französischen Präsidenten noch weit auseinanderliegen, dürfte diese Kraftprobe weiter anhalten. Die zweite Kraftprobe im Zusammenhang mit der Euro-Krise hält in Griechenland an. Am Mittwoch konnten sich die Finanzminister der Euro-Gruppe nicht auf die Auszahlung einer weiteren Tranche einigen. Griechenland hat übereinstimmend alle Auflagen der sogenannten Troika erfüllt, insofern sind die Bedingungen auf dieser Seite erfüllt. Durch das Zugeständnis von zwei weiteren Jahren für Griechenland entsteht ein zusätzlicher Finanzbedarf von

32,6 Mrd. Euro. Die Eurogruppe will aber nur den bis 2014 entstehenden Betrag von 13,5 Mrd. Euro mobilisieren. Damit soll verhindert werden, dass die öffentlichen Gläubiger Athens schon jetzt auf Forderungen verzichten müssen. Dies wäre insbesondere für die Bundesregierung ein Problem in den aktuellen Haushaltsberatungen, er würde augenblicklich Makulatur.

Beichtstuhlgespräche für den Finanzrahmen

Die Gespräche zu Griechenland sollen nun erst am Montag fortgesetzt werden, nicht zuletzt, weil am Wochenende die Beratungen der Staats- und Regierungschefs über den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR) von 2014 bis 2020 anstehen. Hier findet die dritte europäische Kraftprobe statt, in der es darum geht, in Zeiten schwindender öffentlicher Kassen den Laden

zusammenzuhalten. Der Finanzrahmen soll um 100 Milliarden Euro gekürzt werden, aber niemand von den Mitgliedsstaaten will auf seine Privilegien verzichten. Mehrere Regierungen haben schon mit Veto gedroht und der nächste Schritt sind die so genannten „Beichtstuhlgespräche“, in denen die einzelnen Ratsmitglieder ins Gebet genommen werden. Ratspräsident Van Rompuy und Kommissionspräsident Barroso haben die Staats- und Regierungschefs vom Donnerstagvormittag an dazu eingeladen. Auch ein zusätzlicher Verhandlungstag ist schon eingeplant. Wenn die Verhandlungen zum MFR scheitern, wird die Langzeitperspektive der Finanzplanung der EU auf eine Kurzzeitperspektive von jährlichen Etatverhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten der EU umgestellt. Das wird die Lage in der EU, der Euro-Zone und der deutsch-französischen Beziehungen nicht beruhigen.

Unser gutes Recht -
Welche Rolle spielen die
Kinderrechte bei der
Mitbestimmung und wer
kennt sie?

Kinder stärken von Diana Golze heißt, ihnen Rechte geben



Foto: Cornerstone_pixello.de

Das Jahr 1989 war ein Jahr des Aufbruchs. Mit der friedlichen Revolution im Herbst dieses Jahres wurde ein gesellschaftlicher und politischer Wandel eingeleitet, der damals nicht nur die Welt in Atem hielt, sondern auch das Leben der Menschen in der DDR, aber auch in den Osteuropäischen Staaten grundlegend verändert hat. Doch das Jahr 1989 steht auch für einen weltweiten Wandel. Am 20. November nämlich verabschiedete die UN-Generalversammlung das „Übereinkommen der Rechte von Kindern“, das knapp ein Jahr später durch die Ratifizierung eines Mitgliedslandes in Kraft trat. Auch die Bundesrepublik Deutschland war das 108. der fast 200 Länder, die den Menschenrechtsvertrag unterzeichneten – vertreten durch die damalige Familienministerin Angela Merkel.

Ein breites Bündnis aus UNICEF, Kinderschutzbund und Kinderhilfswerk macht sich mit der Unterstützung von über 100 Vereinen und Verbänden seit vielen Jahren dafür stark, dass eine der logischen Konsequenzen der Unterzeichnung der UN-Kinderrechtskonvention endlich auch in Deutschland umgesetzt wird: die Verankerung der Rechte von Kindern auf Schutz, Förderung und Beteiligung im Grundgesetz. Die größte Widersacherin hierfür ist die Unterzeichnerin von einst: Angela Merkel. Im Vorwort formulierte die damalige Familienministerin selbst:

Die Kinderkonvention garantiert einen „rechtlichen Mindeststandard, der sich in die drei Hauptkategorien Versorgung, Schutz und Partizipation untergliedern lässt.“. Seit Jahren aber verhindert sie als Kanzlerin eine offene und zielorientierte Diskussion um eine vollständige Umsetzung der Konven-

tion. Von entsprechenden Gesetzesinitiativen gar, die genau diese Ziele verwirklichen, kann keine Rede sein. Die Regelsätze für Kinder aus Familien, die von Hartz IV leben müssen, sind nach wie vor weder verfassungskonform, noch haben sie irgendetwas mit dem Lebensalltag und den besonderen Bedürfnissen von Kindern zu tun. Beteiligung von Kindern ist auch im Jahr 2012 noch vom Engagement Einzelner abhängig, während eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen für Beteiligung – die öffentliche Jugendhilfe – seit Jahren zusammengespart wird, als gäbe es kein morgen. Kinderschutz ist solange ein wichtiges Thema, wie tragische Fälle von Kindesvernachlässigung die Titelseiten der Tagespresse füllen – danach wird die schwierige Umsetzung und Gestaltung eines effektiven Kinderschutzes auf die Länder und Kommunen abgewälzt, während sich die Bundesregierung mit Hochglanzbroschüren hervortut und durch Modellprojekte glänzt, die sowohl in ihrer inhaltlichen als auch finanziellen Ausgestaltung mehr als nur zu wünschen übrig lassen.

Deshalb fordert DIE LINKE insbesondere die CDU/CSU-Fraktion auf, ihre Haltung zu überdenken und sich der Diskussion zu Kinderrechten nicht länger zu verweigern. Kinder brauchen mehr als nur warme Worte. Eine bestmögliche Entwicklung aller Kinder, einen umfassenden Kinderschutz und eine wirkungsvolle Partizipationslandschaft, die Kindern und Jugendlichen endlich eine Stimme gibt, wird es nicht zum Nulltarif geben können. Die Werte hingegen, die dadurch für unsere Gesellschaft wachsen, kann wohl auch der beste Ökonom nicht berechnen. Eines aber steht fest: Es ist Zeit, endlich zu Handeln.

ALTMUNITION IN DER OSTSEE – UND WIE WETTER?

von Sabine Stüber



Foto: joakant_pixelio.de

Dass auf dem Grund der Ost- und auch der Nordsee seit Jahrzehnten eine große Menge Altmunition vor sich hin rostet, ist bekannt. Nach offiziellen Schätzungen werden in beiden Meeren 1,6 Millionen Tonnen Altmunition vermutet.

Die Ostsee wurde wegen der Raketenversuchs- und Erprobungsstelle der ehemaligen Wehrmacht auf Usedom während des zweiten Weltkriegs besonders stark vermint und von den Alliierten bombardiert. Um nach Kriegsende Deutschland möglichst schnell zu entwarnen, wurden große Mengen an Munition, auch Giftgasmunition und chemische Kampfstoffe, in der Nord- und Ostsee in sogenannte „Unreingebiete“ versenkt. Alle möglichen Schiffe waren damit beauftragt, bis hin zu kleinen Fischkuttern, die allerdings oft ihre unheimliche Ladung schon auf dem Weg zu den „Unreingebieten“ verklappten. Zudem versenkten später auch die Alliierten unter den Augen des Chemiewaffenkontrollausschusses einen Teil ihrer Giftgasbestände in der Ostsee. Bis in die 70er Jahre galt das als völlig normal, und die Dokumentation war entsprechend lückenhaft.

Aus den Augen aus dem Sinn. Lange wollte niemand so genau wissen, was und wie viel da eigentlich wo versenkt worden war. Das wurde verdrängt oder gar bestritten.

Die Menge an Altmunition in der Ostsee wird derzeit auf rund 300.000 Tonnen geschätzt. Der Anteil chemischer Kampfstoffe könnte etwa bei einem Drittel liegen. In den Seekarten sind dazu 50 „Unreingebiete“ eingezeichnet. Und für 21 weitere Gebiete gilt der Verdacht auf Munition am Meeresboden. Das ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Denn dass es sich dabei nur um einen geringen Teil der munitionsverseuchten Flächen handelt, ist unbestritten. Wie viele militärische Kampfmittel wo genau versenkt wurden, weiß heute niemand, zumal davon ausgegangen wird, dass die Schleppnetze der Fischerei zusätzlich für eine flächige Verteilung der Altmunition gesorgt haben.

Die Nutzung der Meere hat insgesamt im Laufe der Jahre enorm zugenommen. Tourismus, Schiffsverkehr, Offshore-Investitionen – sie alle sind Wachstumsbranchen. Tausende Kilometer Stromkabel

müssen zwei Meter unter dem Meeresboden für den Bau von Pipelines, Bohrinseln und Windkraftanlagen verlegt werden. Daraus ergibt sich eine überaus diffuse Gemengelage der Interessen, die allesamt mit erheblichen Störungen und Belastungen der Meeresumwelt verbunden sind. Die Politik reagiert mit Konzepten und internationalen Vereinbarungen. Zum Einen geht es dabei um den Schutz des Ökosystems Meer und den Erhalt der marinen Artenvielfalt. Zum Anderen geht es um das Wachstum einer „Blauen Wirtschaft“. Auch wenn die Betonung auf nachhaltigem Wachstum liegt, wirkt das eher hilflos angesichts des derzeitigen Marktterrors. Ungehemmte Übernutzung der natürlichen Ressourcen, zu denen auch das Meer gehört, das ist derzeitige gesellschaftliche Realität.

Zurück zur Ostsee: Denn da nagt derweil der rostige Zahn der Zeit unablässig an den gefährlichen Altlasten, bis immer mehr der giftigen Wirkstoffe freigesetzt werden. Die versenkte Munition wird zum Bumerang. Die Explosionsgefahr bei einer möglichen Kollision steigt, ob nun mit Schiffen beim Offshore-Bau.

Das Ökosystem der Ostsee ist durch die großen Mengen an Gift- und Schadstoffen besonders bedroht. Der geringe Wasseraustausch mit der Nordsee begrenzt bei deren Austritt den möglichen Verdünnungseffekt. Und über die Nahrungskette werden wir den Giftcocktail letztlich im Fisch auf unseren Tellern wiederfinden. Auch der Tourismus ist betroffen, denn immer wieder kommt es zu Strandunfällen mit angespülten Munitionsteilen. Die Verbrennungswunden durch Verwechslung von aus Brandbomben angespültem Phosphor mit Bernstein auf Usedom sind nur ein Beispiel.

Da tickt eine Zeitbombe vor der gesamten deutschen Küste. Bei Lichte besehen kommt die Bundesregierung um eine zielgerichtete Suche und Bergung der Altmunition nicht herum, und das nicht nur in der Ostsee. Das darf keine Kostenfrage sein. Über die technischen Möglichkeiten verfügt die Bundeswehr längst. Die Waffen wurden nicht zum Wohle der Menschen gebaut. Und nur durch ihre Bergung und Vernichtung kann ihre zerstörende Wirkung auf den Menschen und den Lebensraum Meer gebändigt werden.

Genossenschaftskonferenz der Linksfraktion



von Dr. Kirsten Tackmann

„Gegenspieler zur Macht“ – was sich „G anhört wie aus der Welt von Georg Lucas´ Weltraumsaga „Star Wars“ war in Wirklichkeit der Titel einer Fachkonferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Als „Gegenspieler zur Macht der Märkte und Finanzen“ waren nicht Luke Skywalker und Co auserkoren, sondern die Genossenschaften. 2012 ist das UN-Jahr der Genossenschaften.

Für DIE LINKE haben Genossenschaften als Form der Wirtschaftsdemokratie eine besondere Bedeutung. Sie sind solidarische Selbsthilfeorganisationen und Unternehmensform, bei der die Gewinnmaximierung nicht das A und O ist. 21 Mio. Menschen sind in Deutschland Mitglied in einer Genossenschaft. Die Genossenschaftsidee wächst, doch nicht überall und nicht immer so, wie gewünscht. Ziel der gut besuchten Tagiskonferenz war die Frage, was Genossenschaften leisten können. Wir wollten wissen, was sie bereits erreicht haben und wo sie Unterstützung brauchen. Das gemeinschaftliche Wirtschaften und das Teilen der Verantwortung sollte aus Sicht der Linksfraktion gestärkt werden.

In drei Workshops wurde das Genossenschaftsthema näher beleuchtet: 1. Wohnungsgenossenschaften. Erinnert sei an die TLG FairWohnen, die viele Mitglieder der LINKEN, inkl. der Linksfraktion unterstützten. 2. Genossenschaften und öffentliche Daseinsvorsorge, insbesondere Energiegenossenschaften sowie 3. Agrargenossenschaften.

Überraschen konnte im Workshop zu den Agrargenossenschaften Prof. Markus Hanisch von der HU Berlin, der

die Ergebnisse einer umfangreichen europaweiten Studie zur Wirkung von Molkereigenossenschaften vorstellte. Trotz mancher Unzufriedenheit mit dem Agieren der Molkereigenossenschaften lässt sich eine für die Milchproduzent_innen positive langfristige Wirkung der genossenschaftlichen Organisation wissenschaftlich nachweisen. Wo sie präsent sind werden die Privatmolkereien zu einem tendenziell höheren Erzeugerpreis gezwungen. Je höher in einem EU-Land der genossenschaftliche Organisationsgrad, desto besser die Position der Milchbäuer_innen in dem weitgehend globalisierten Markt. Molkereigenossenschaften kommen also nicht nur den Genoss_innen zugute, sondern strahlen auf den gesamten Markt.

Kritik gab es an den tendenziell abnehmenden demokratischen Strukturen und Gepflogenheiten in vielen, vor allem großen Genossenschaften. Die in Berlin gegründete Initiative „Genossenschaft von unten“ stellte ihre Vorstellungen zur Reform des Genossenschaftsrechts vor. Die Macht der Vorstände solle eingeschränkt, die Mitglieder in den Generalversammlungen einen stärkeren Einfluss bekommen.

Die Linksfraktion plant auf der Basis der Genossenschaftskonferenz einen Antrag zur Stärkung der Genossenschaften. Ob das Jahr der Genossenschaften so enden wird, wie die Krieg-der-Sterne-Saga, vermag ich nicht zu sagen. Die „Rückkehr der Jedi-Ritter“ – die Stärkung des Genossenschaftsgedankens und die Etablierung eines Gegenspielers zur Macht – das ist aus Sicht der Linksfraktion wünschenswert und auf jeden Fall unterstützungswert.

Sanktionen bei Hartz IV-Betroffenen Millionenfach verfassungswidrig

von Wolfgang Nešković



In dieser Woche wurde bekannt, dass die Jobcenter in Deutschland erstmals innerhalb von zwölf Monaten über eine Million Sanktionen gegen Hartz-IV-Betroffenen ausgesprochen haben. Von August 2011 bis Juli 2012 wurden bundesweit 1,017 Millionen Mal die Sozialleistungen der Menschen gekürzt, die bereits vorher nur das Nötigste zum Leben hatten. Dabei ist die Sanktionspraxis der Jobcenter eindeutig verfassungswidrig. Sie widerspricht dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums.

Erst im Juli dieses Jahres entschied das Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit dem Asylbewerberleistungsgesetz, dass Leistungen, die deutlich unter dem Hartz-IV-Niveau liegen, zur Deckung des lebensnotwendigen Bedarfs nicht ausreichen und damit verfassungswidrig sind. Die bis dahin gültigen Sätze des Asylbewerberleistungsgesetzes wurden auf Anordnung des Gerichts deutlich erhöht, um den Empfängern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Das Gericht entschied, dass jeder Mensch ein Recht auf die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums hat. Dieses Recht ist „migrationspolitisch nicht zu relativieren“, um beispielsweise eine Abschreckungswirkung auf Asylbewerber auszuüben. Es gilt

absolut. Das Existenzminimum muss nach dem Bundesverfassungsgericht in jedem Fall und zu jeder Zeit sichergestellt sein.

Angesichts dieser eindeutigen Entscheidung zeugt es von trotziger Rechtsblindheit, dass die Bundesregierung weiterhin an der Sanktionspraxis der Jobcenter festhält. Auch wem als Hartz IV-Betroffenen vom Jobcenter die Leistungen gekürzt werden, der erhält offenkundig Leistungen unter dem Hartz-IV-Niveau. In Fällen von drastischen Kürzungen in Höhe von 60% oder sogar dem vollständigen Wegfall des ALG II verfügen die Betroffenen ebenso offensichtlich nicht über das vom Bundesverfassungsgericht geforderte menschenwürdige Existenzminimum. Wenn das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum jedoch absolut gilt und nicht „migrationspolitisch“ relativiert werden kann, dann kann es auch nicht „sozial- oder fiskalpolitisch“ relativiert werden. Die Bundesregierung behauptet fälschlicherweise, das Existenzminimum bliebe auch bei Sanktionen durch „differenzierte Regelungen, (...) zu denen ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen“ gehören, gewahrt.

Um diese fragwürdige Argumentation zu überprüfen und um das Ausmaß dieser „ergänzenden Sachleistungen oder geldwerten Leistungen“

beurteilen zu können, haben wir als Fraktion DIE LINKE eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt. Die Ergebnisse sind erschreckend. Die einzig eindeutige Antwort der Bundesregierung auf den seitenlangen Fragenkatalog ist eine erschütternde Zahl: 10.405 Leistungsberechtigten wurden im Jahresdurchschnitt 2011 die Leistungen vollständig gestrichen. Alle weiteren Fragen ließ die Bundesregierung de facto unbeantwortet. Sie blockt ab, verweist auf fehlende Zahlen und gibt ausweichende Nicht-Antworten. Sie verweigert sich der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und beharrt auf ihrer fehlerhaften Rechtsansicht.

Die Bundesregierung vertritt weiterhin die absurde Logik des „Förderns und Forderns“. Wenn sie in ihrer Antwort schreibt: „Wiederholte Verstöße gegen die Selbsthilfeobliegenheit führen daher folgerichtig zu verstärkten Sanktionen“, ist dies blanker Zynismus. Der Satz lautet im Klartext: Tausche Gehorsam gegen Existenz. Wer nicht spurt, der soll auch nicht essen. „Folgerichtig“ wäre nach dieser Logik ein Verhungern. Dieses Vorgehen widerspricht jedoch dem Gedanken eines unverfügbaren Menschenrechts und der durch die Ewigkeitsklausel geschützten Menschenwürde, die allein das Menschsein zur Voraussetzung hat. Den Menschen wird vorge-

gaukelt, sie müssten sich ihr Grundrecht erst verdienen. Um Recht zu bekommen, müssen sie eine Gegenleistung abliefern. Dieses Prinzip entspricht vielleicht der fragwürdigen Gerechtigkeit einer rücksichtslosen Leistungsgesellschaft, aber sicher nicht dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes.

Unserem Grundgesetz und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zufolge ist hingegen der tatsächliche Bedarf der Bürgerinnen und Bürger für die Höhe der staatlichen Leistungen entscheidend. Ihn auszurechnen und zu garantieren ist Sache des Gesetzgebers. Ihn zu beschneiden nicht. Das Existenzminimum muss bei gleichem Bedarf stets gleichermaßen gewährt werden. Der für die Existenz notwendige Bedarf sinkt nicht dadurch, dass jemand eine andere Staatsangehörigkeit besitzt oder sich nicht regelkonform verhält. Indem die Bundesregierung das verfassungsrechtliche Problem der Sanktionen schlicht leugnet, rechtfertigt sie den ständigen Verfassungsbruch. Wieder einmal wird es wohl das Bundesverfassungsgericht sein, das irgendwann einschreitet, wenn ein beherztes Sozialgericht ihm die Frage vorlegt. Bis dahin werden mit Segen der Bundesregierung weiter verfassungswidrige Sanktionen verhängt, die noch mehr Menschen in Not und Armut stürzen.

Prävention ist gut – ein umfassendes Gesamtkonzept besser

21.11.2012 – DIANA GOLZE

„So unterstützenswert dieses Programm auch ist, es darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Kinder und Jugendliche, Eltern und Lehrkräfte auch die notwendigen Ansprechpartner haben müssen und dass eine Telefonhotline für die Opfer sexueller Gewalt immer auch auf ein flächendeckendes Beratungsnetz vor Ort zurückgreifen können muss. Von einem solchem Beratungsangebot sind wir aber – vor allem in den ländlichen Regionen – noch meilenweit entfernt“, erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Diana Golze,

zur Vorstellung der bundesweiten Initiative gegen sexuelle Gewalt gegen Kinder. Golze weiter:

„Der im Abschlussbericht des Runden Tisches ‚Gegen sexuelle Gewalt gegenüber Kindern‘ zugesagte Hilfsfonds des Bundes für den Ausbau und die Verstetigung eines flächendeckenden Hilfeangebotes ist im Haushalt für 2013 nicht aufzufinden. Das verschweigt die Ministerin geflissentlich. Kristina Schröder bringt Präventionsprojekte auf den Weg, die Rechnung für die notwendigen Beratungsstellen und die Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter der Jugendämter zahlen Länder und Kommunen. So wichtig Präventions- und Bildungsangebote sind, und so überfällig ein bundesweites Aufklärungsprojekt ist, dürfen die großen Defizite, die es noch immer bei der Umsetzung der Ergebnisse des Runden Tisches gibt, nicht in den Hintergrund treten. Wer Kinder schützen will, muss ihnen Rechte geben. Eine Ministerin, die sich mit Präventionsprogrammen in der Öffentlichkeit präsentiert und gleichzeitig die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz ablehnt, ist zutiefst unglaubwürdig.“

Grundrechte von Kindern fest verankern

16.11.2012 – DIANA GOLZE

„Es ist höchste Zeit, dass die Grundrechte von Kindern Verfassungsrang erhalten. Ohne eine Verankerung im Grundgesetz bleiben alle noch so gut gemeinten Initiativen zur Stärkung von Kinderrechten lediglich Stückwerk“, erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Diana Golze, zur Vorlage eines konkreten Vorschlags für eine entsprechende Verfassungsänderung durch das „Aktionsbündnis Kinderrechte“. Golze weiter:

auf eine Individualbeschwerde gibt, sei die Sache erledigt, hat sie den Text, den sie höchstpersönlich unterschrieben hat, entweder nicht gelesen oder nicht verstanden. Das



„Es ist bezeichnend, dass ausgerechnet Kristina Schröder als zuständige Ministerin die Forderung rundweg ablehnt. Wenn die Ministerin allen Ernstes glaubt, mit der Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls zur UN-Kinderrechtskonvention, das Kindern das Recht

Individualbeschwerdeverfahren soll erst dann greifen, wenn der Rechtsweg auf nationaler Ebene ausgeschöpft ist. Durch die Ratifizierung des Zusatzprotokolls überbrückt sich daher die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz keinesfalls. Es macht eine Stärkung ihres Rechtsstatus sogar notwendiger denn je. Eine Entscheidung zur Rechtsstellung von Kindern in unserer Gesellschaft ist längst überfällig. Keine der Maßnahmen, die die Bundesregierung bisher zur Stärkung der Kinderrechte ergriffen hat, kommt in ihrer Bedeutung einer grundgesetzlichen Würdigung auch nur nahe. Keine hat dazu geführt, dass Kinder und Jugendliche endlich einklagbare Rechte erhalten. DIE LINKE bleibt dabei: Wer es mit den Kinderrechten ernst meint, gibt ihnen Verfassungsrang.“

Foto: Konstanth Brückner

Kitaplätze nicht nach Zechpreller-Manier

14.11.2012 – DIANA GOLZE

„Seit Jahren hören wir die immer gleichen und erschreckend einfachen Formeln, mit denen Familienministerin Kristina Schröder ihre Untätigkeit in Sachen Kitausbau begründet und den Schwarzen Peter den Kommunen zuschiebt.

Zur Verbesserung der Situation hat Sie aber nicht beigetragen“, erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Diana Golze, zum Maßnahmenpaket des Deutschen Städtetages zum Ausbau der Kindertagesbetreuung. Golze weiter:

„Seit Jahren ist bekannt, dass der Kitausbau viel zu langsam vorankommt. Seit Jahren ist bekannt, dass der Bund zu wenig Geld in die Hand genommen hat, um das

selbstgesteckte Ziel eines Rechtsanspruchs auf eine Kindertagesbetreuung ab dem ersten Lebensjahr zu verwirklichen. Seit Jahren macht DIE LINKE in ihren Anträgen Lösungsvorschläge, um sowohl den Kitausbau zu stemmen, als auch den Fachkräftemangel zu beseitigen.

Seit Jahren bleiben diese Vorschläge ungehört. Stattdessen setzt die Bundesregierung darauf, dass die Probleme von den Kommunen allein gelöst werden. Es ist höchste

Zeit, dass ein funktionierendes Gesamtkonzept unter Mitwirkung aller Beteiligten – inklusive der Familien – erstellt wird, das den Ausbau quantitativ und qualitativ absichert. Ein Vorschlag des Deutschen Städtetages liegt nun vor – dieser muss

diskutiert werden.

Auch DIE LINKE sagt: Wer einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung schafft, sich aber hinter vermeintlichen Pflichten der Kommunen versteckt, wenn es an die Umsetzung geht, betreibt Politik nach Zechpreller-Manier. Doch Programme, die in der Not gestrickt werden, tragen meist nicht weit. Schnelle Lösungen dürfen nicht zu Lasten der Qualität von Kinderbetreuung und Erzieherinnenausbildung gehen.

DIE LINKE fordert daher mehr finanzielle Unterstützung für die Kommunen sowie ein Programm zur Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern, damit gute Kinderbetreuung auch mit einem Ausbau des Personals einhergehen kann.“



Foto: Konstanth Brückner

Menschenrechte im Windschatten des Haushalts

21.11.2012 – WOLFGANG NEŠKOVIĆ

„Der Deutsche Bundestag erweist sich regelmäßig als bloße „Abnickmaschine“. Selbst Gesetzentwürfe, die schwerste Grundrechtseingriffe enthalten, werden vom Parlament einfach abgenickt, ohne dass die Abgeordneten sich die Gelegenheit einräumen, sich mit der entsprechenden Materie angemessen sorgfältig auseinanderzusetzen“, erklärt Wolfgang Nešković, Justiziar und Vorstandsmitglied der Fraktion DIE LINKE anlässlich der für morgen vorgesehenen ersten Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung der betreuungsrechtlichen Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme.

Nešković weiter: „Morgen wird ein Gesetzentwurf zur medizinischen Zwangsbehandlung von psychisch kranken Menschen im Windschatten der laufenden Haushaltswoche in den Bundestag eingebracht. Die-

ser Gesetzentwurf soll bereits in der nächsten Woche ohne den notwendigen Dialog mit den Betroffenenverbänden und ohne Sachverständigenanhörung abgeschlossen werden.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden über Jahrzehnte Menschen ohne eine geeignete Rechtsgrundlage medizinisch zwangsbehandelt. Der nunmehr vorliegende Gesetzentwurf zur Schaffung einer solchen Rechtsgrundlage enthält erhebliche Schwachpunkte und lässt zahlreiche rechtlich und tatsächlich hochkomplexe Fragen offen.

Näherer Diskussion bedürften insbesondere folgende Punkte: Braucht es aus medizinischer Sicht überhaupt die Möglichkeit, Menschen zwangszubehandeln? (Dafür gibt es in der Bundesrepublik keine Belege und Studien aus den USA legen das Gegenteil nahe.) Ist aus rechtlicher Sicht dieser Bereich

durch das Patientenverfügungsgesetz nicht bereits abschließend geregelt? Sind ggf. die im Gesetzentwurf zahlreich verwendeten unbestimmten Rechtsbegriffe geeignet, den behandelnden Ärzten ausreichend klare Handlungsvorgaben zu geben? Ist es ggf. nicht zwingend erforderlich, eine Zwangsbehandlung von einem unabhängigen Sachverständigen (einem mit dem Patienten noch nicht befassten außerhalb der betroffenen Einrichtung tätigen Arzt) vornehmen zu lassen? (Der Gesetzentwurf enthält eine solche Vorgabe bislang nicht.)

All diese Punkte bedürften einer eingehenden parlamentarischen Beratung und der Anhörung von medizinischen und menschenrechtlichen Sachverständigen sowie der Betroffenenverbände. Indem die Koalitionsfraktionen dies ablehnen, beweisen sie einmal mehr ihre bürger- und menschenrechtliche Verantwortungslosigkeit.“



Foto: Rainer Sturm, pixelio.de

Rekord bei Sanktionen gegen Hartz IV-Betroffene – Millionenfach verfassungswidrig

20.11.2012 – WOLFGANG NEŠKOVIĆ

„Die Sanktionspraxis der Jobcenter ist und bleibt verfassungswidrig. Die Sanktionsnormen gehören sofort abgeschafft. Es zeugt von trotziger Rechtsblindheit, dass die Regierungskoalition an ihnen festhält, obwohl die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dem eindeutig entgegensteht“, erklärt Wolfgang Nešković, Justiziar der Fraktion DIE LINKE und Bundesrichter a.D. zu den neuesten Sanktionszahlen von über einer Million Sanktionen seit August 2011.

Nešković weiter: „Sanktionen bei Hartz IV widersprechen dem Grund-

recht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Erst jüngst hat das Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit dem Asylbewerberleistungsgesetz entschieden: Das Recht auf ein Leben frei von Existenznot ist ein Menschenrecht.

Das Existenzminimum muss in jedem Fall und zu jeder Zeit sichergestellt sein. Es ist unverfügbar. Die Menschenwürde ist nach dem Bundesverfassungsgericht „migrationspolitisch nicht zu relativieren“. Sie ist auch „fiskalpolitisch“ nicht zu relativieren. Die Menschenwürde gilt

nach unserem Grundgesetz absolut. Leistungen, die erheblich unter dem Hartz-IV-Niveau liegen, sind zur Deckung des lebensnotwendigen Bedarfs evident unzureichend. Dies muss auch für die Menschen gelten, die über weniger als den Hartz-IV-Regelsatz zum Leben verfügen, weil sie von Sanktionen der Jobcenter betroffen sind.

Einziger Maßstab für die Zuerkennung einer sozialen Hilfeleistung ist der Bedarf der Hilfebedürftigen. Das muss endlich auch der Gesetzgeber begreifen – notfalls durch Nachhilfe aus Karlsruhe.“

Keine EU-Kredite für Monsanto

21.11.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Wenn Monsanto sein Geschäft nach Osteuropa ausweiten will, dann doch aber nicht auf Kosten der öffentlichen Hand. Es kann in Kritik stehender Agrarmulti mit Steuermitteln gepäppelt wird“, sagt Dr. Kirsten Tackmann. Die agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion hatte die Bundesregierung in einer Anfrage nach ihrer Position zum „Monsanto Risk Sharing“-Projekt gefragt.

Im Rahmen dieses Projektes vergibt die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung Garantien in Höhe von 40 Millionen Euro für den Verkauf von Saatgut und Pflanzenschutzmitteln der Firma Monsanto. Mitte Januar wird über darüber entschieden.

Tackmann weiter: „Die Bundesregierung sollte sich von diesem absurden Projekt distanzieren. Die Abdeckung solcher Geschäftsrisiken eines Multis ist keine Aufgabe der öffentlichen Kassen. DIE LINKE stellt sich klar gegen das Prinzip, Gewinne zu privatisieren, während das Risiko die Öffentlichkeit und die Umwelt tragen.“

Monsanto ist nicht nur wegen seiner Gentech-Pflanzen umstritten. Auch die Größe des Agrarmultis und seine Macht in der Wertschöpfungskette sind immer wieder Anlass zur Kritik. Es ist zynisch, wenn Staatssekretär Kampeter seine Verantwortung dieses Entwicklungsprogramms für Monsanto auch noch begründet mit dem angebli-

chen Ziel des Zugangs der Bevölkerung zu gesunden Nahrungsmitteln und der Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Als ob diese Länder ohne Monsanto und seine Bankgarantien hungern würden. Ganz im Gegenteil: Folgt man der Argumentation des Weltagrarberichtes, braucht es weniger die Beglückung durch High-Input-Lösungen aus dem Hause Monsanto, sondern vor allem regional angepasstes Saatgut und nachhaltige Anbaumethoden. Hier wären 40 Millionen Euro Garantien im öffentlichen Interesse zukunftsfähig angelegt.“

Die Antwort der Bundesregierung finden Sie: [HIER](#)

ABGELEHNT – deutsche Beteiligung an der Yasuni-ITT-Initiative – internationaler Fonds zum Schutz des Regenwalds im Yasuni-Nationalpark in Ecuador

20.11.2012 – SABINE STÜBER

Die Fraktion DIE LINKE forderte heute in einem Änderungsantrag eine deutsche Beteiligung mit 40 Millionen Euro an dem Treuhandfonds der Yasuni-ITT-Initiative zum Schutz des Regenwaldes im Yasuni-Nationalpark in Ecuador

Dazu die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber, DIE LINKE: „Wir fordern mit diesem Haushaltsantrag, dass die Bundesregierung ihre international gemachten Zusagen einlöst. Im Yasuni geht es um die Frage, ob der Regenwald unwiederbringlich für ein weiteres Ölfeld verloren geht. Und wenn sich die Bundesregierung aus klientelpolitischen Gründen nicht mehr an dem Treuhandfonds beteiligen will, geht auch um die Glaubwürdigkeit Deutschlands.“

Die FDP stimmte 2008 einem fraktionsübergreifenden Bundestagsbeschluss zur Unterstützung des Fonds der Yasuni-ITT-Initiative – Öl bleibt im Boden – zum Schutz des Regenwaldes im Yasuni-Nationalpark zu. Der spätere Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) sagte dann die Unterstützung ab. Im Januar 2012 wurde ein vorläufiger Kompromiss gefunden: Deutschland gibt zusätzliches Geld, aber nicht, wie zugesagt, in den Treuhandfonds, sondern für spezielle Naturschutzprojekte im Yasuni.

„Doch“, so Sabine Stüber, „es ist nicht damit getan, dass die Bundesregierung im letzten Haushaltsplan noch einen ‚Irgendwie-Kom-

promiss‘ mit zusätzlichen Geldern für Naturschutzprojekte im Yasuni gefunden hat. Das ist nur eine Seite der Medaille. Die zweite Seite ist die politische Dimension. Zum



einen hat der FDP-Entwicklungsminister Niebel mit der Ablehnung des Yasuni-Fonds einen Bundes-

tagsbeschluss missachtet, dem seine eigene Fraktion zugestimmt hatte. Da staune ich überhaupt, dass sich das die Kolleginnen und Kollegen der FDP bieten lassen. Zum anderen geht es hierbei vor allem um die politische Unterstützung der Interessen der Ölkonzerne auf Kosten der Interessen der lokalen Bevölkerung und der globalen biologischen Vielfalt“ Hintergrund.

Der Yasuni-Nationalpark in Ecuador ist ungefähr so groß wie der Barnim und die Uckermark zusammen und gehört zu den artenreichsten Gebieten. Hier konzentriert sich die höchste Artenvielfalt an Amphibien-, Säugetier-, Vogel- und Pflanzenarten im gesamten Amazonasgebiet. Unter dem Nationalpark liegen bedeutende Ölreserven. Ecuador hatte vorgeschlagen, das Öl zugunsten von Klimaschutz und biologischer Vielfalt im Boden zu lassen.

Die Bedingung: Ecuador will, dass die Hälfte der Einnahmen, auf die das Land verzichtet, als internationaler solidarischer Ausgleichsbetrag in einen Treuhandfonds eingezahlt wird. Bis Ende des Jahres 2011 sollte der Treuhandfonds 100 Millionen Euro betragen. Dieses erste Ziel wurde erreicht. Jetzt zum Jahresende wird Ecuador erneut evaluieren, wie viel Unterstützung im laufenden Jahr international für den Treuhandfonds zum Regenwaldschutz erreicht werden konnte.

Foto: Konstantin Brückner

Bundesregierung hat große Wissenslücken bei Wald und Holz

20.11.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Wie lustlos und uniformiert die Bundesregierung detaillierte Fragen zu den Folgen der Novelle des Bundeswaldgesetzes der eigenen Koalition beantwortet, ist schon bemerkenswert. Anscheinend genießt die Waldwirtschaft im Hause Aigner keinen großen Stellenwert. Auf viele Fragen war die Antwort: ‚Keine Ahnung!‘. Das ist bezeichnend für eine Bundesregierung, die damit auch die ländlichen Räume im Regen stehen lässt,“ erklärt Dr. Kirsten Tackmann. Die agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE hatte zusammen mit ihrer Fraktion eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt (Bundestagsdrucksache 17/11272). Dreißig Fragen formulierten die Abgeordneten der Linksfraktion und hinterfragten damit die Wirkung der Bundeswaldgesetznovelle im Jahre 2010.

Tackmann weiter:

„Unsere 30 Fragen wurden äußerst knapp und teilweise nicht oder nur

unvollständig beantwortet. Zum Beitrag der Kurzumtriebsplantagen zur Holzversorgung der Zukunft kann die Bundesregierung nichts sagen. Sie weiß nicht einmal, wie viele dieser Plantagen in welchen Bundesländern bestehen. Über andere Agroforstflächen hat sie überhaupt keine Informationen, wie mir Staatssekretär Bleser in der Antwort auf unsere Kleine Anfrage schrieb. Wie viel Prozent des Kleinprivatwaldes in Forstbetriebsgemeinschaften organisiert sind – Fehlanzeige! Welche Baumkontrollmethoden anzuwenden sind – keine Antwort. Die Antworten aus dem Hause Aigner sind enttäuschend.

Dabei gibt es auch Positives zu berichten: Die von der Linksfraktion mitgetragene Kleine Novelle des Bundeswaldgesetzes hat augenscheinlich zu Verbesserungen geführt. Die mit Kurzumtriebsplantagen bestockte Fläche ist seitdem immerhin von 3.500 auf 5.100

Hektar angewachsen. Durch die Klarstellung, dass es sich bei diesen Plantagen nicht um Wald im Sinne des Gesetzes handelt, wurde Rechtsicherheit geschaffen und für ein Wachstum gesorgt.

Im Bereich der Verkehrssicherungspflicht konnte die Gesetzesnovelle nicht zu mehr Rechtssicherheit beitragen, wie die berufsständigen Vertretungen kürzlich kritisierten. Allerdings wurde dieses Manko nun durch ein klarstellendes Urteil des Bundesgerichtshofs ausgeglichen. Der BGH stellte fest: Wer sich im Wald aufhält, muss mit walddtypischen Gefahren rechnen, auch wenn das Unfallrisiko durch die politische und gesellschaftlich gewollte Erhöhung des Totholz- und Biotopbaumanteils steigt. Und das gilt auch für Gefahren, die durch die Waldbewirtschaftung hervorgerufen werden. Forstbetriebe können nicht jeden Baum ständig im Auge behalten. Daher begrüße ich das deutliche Urteil des BGH.“



Foto: Ich-und-Du_pixello.de

Falsche Strukturpolitik der Bundesregierung lässt Region im Regen stehen

19.11.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Mit ihrer zentralistischen Politik bluten Union und FDP ländliche Regionen aus, statt sie zu unterstützen. Ich fordere von der Bundesregierung die Kompensation des Verlustes der Arbeitsplätze am FLI-Standort Wusterhausen/Dosse - im Interesse der Beschäftigten und der Region.“

Ein Epidemiologisches Zentrum, das dringend im Kampf gegen Tiergesundheitsrisiken und gegen zu hohen Antibiotika-Verbrauch in der Nutztierhaltung gebraucht wird, ist dazu am besten geeignet.“, so Dr. Kirsten Tackmann. Als agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion hatte sie gemeinsam mit weiteren Kolleginnen eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt (17/11273). Die fünfzehn Fragen beantwortete der Parlamentarische Staatssekretär Peter Bleser (CDU) am 15. November 2012.

Tackmann weiter: „Schon 1996 war es eine Union/FDP-Bundestagsmehrheit, die das Aus für den Standort Wusterhausen/Dosse des Friedrich-Loeffler-Instituts, FLI, in Wusterhausen/Dosse beschloss. Ende 2013 sind die zurzeit 71 Arbeitsplätze in der Region endgültig Geschichte. Vom halbherzigen Kompensationsvorhaben einer Bundestagsmehrheit aus SPD und Grünen durch die Errichtung eines Standorts des Bundesinstituts für Risikobewertung, BfR, in Neuruppin hat sich die aktuelle schwarz-gelbe Koalition nach jahrelanger Planungsphase nun auch verabschiedet. Ungeachtet der mehreren hunderttausend Euro, die zur Vorbereitung bereits ausgegeben wurden. Bei der Nachfrage zur Begründung des späten Ausstiegs versteckt sich die Bundesregierung hinter dem Haushaltsausschuss. Für eine ersatzweise Ansiedlung einer anderen Bundes-

einrichtung in der Region gibt es bei der Bundesregierung derzeit keinerlei konkreten Überlegungen, wie aus ihrer Antwort auf unsere Kleine Anfrage hervorgeht.

Die Argumentation der Bundesregierung gegen neue Überlegungen zur Zukunft des Instituts für Epidemiologie in Wusterhausen/Dosse ist nicht schlüssig, da man Planungen mit politischem Willen auch ändern kann – wie gerade beim BfR in Neuruppin bewiesen, wo durch 94 Arbeitsplätze in der Region nicht entstehen werden. Dabei sollte Neuruppin eigentlich den Arbeitsplatzverlust in Wusterhausen/Dosse kompensieren. Das hatte die SPD einst der Region versprochen. Für eine so ländliche Region wie den Nordwesten Brandenburgs ist ein Verlust so vieler wissenschaftlicher Arbeitsplätze nicht auszugleichen. So verspielen Union und FDP erneut Vertrauen in politische Zusagen.“



plan-b-mitmachen.de

PLAN B

Zuflucht vor häuslicher Gewalt endlich gesetzlich garantieren

23.11.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Seit Jahren unterstütze ich die Forderung nach gesetzlichen Garantien für Zufluchtsstätten vor häuslicher Gewalt und ihre bedarfsgerechte, bundesweit einheitliche Finanzierung. Der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen bringt alljährlich dieses Thema auf die politische Bühne, und das ist gut und wichtig so! Aber die Bundesregierung entzieht sich nach wie vor ihrer Verantwortung. Noch immer müssen die klammen Haushalte der Kommunen und Länder die Frauenhäuser und andere Schutzeinrichtungen allein finanziell unterstützen.“

Weil das eine freiwillige Aufgabe ist hängt es vom Wohnort, vom Einkommen oder dem Aufenthaltsstatus der betroffenen Frauen und ihrer Kinder ab, ob sie Zuflucht finden. Damit ignoriert die Koalition sowohl den Verfassungsauftrag gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen als auch die UN-Menschenrechtskonventionen sowie das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, kurz CEDAW. Ein wahrlich peinliches Versagen“, so Dr. Kirsten Tackmann zum „Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen“. Auch dieses Jahr wird sich Tackmann in ihrem Heimatwahlkreis an der alljährlichen Fahnenaktion von TERRE DES FEMMES beteiligen.

Tackmann weiter: „Ich werde die Bundesregierung solange in die Pflicht nehmen, bis eine sichere

Zuflucht vor häuslicher Gewalt für jede Frau erreichbar ist.

Im Jahr 2011 flohen in Brandenburg 702 Frauen und 609 Kinder vor häuslicher Gewalt in 17 Frauenhäuser und fünf Frauenschutzwohnungen. 2.868 Frauen wurden extern, nachsorgend oder pro-aktiv beraten. Pro-aktiv heißt, dass die Polizei während eines Einsatzes die Frauen über Beratungsstellen und Frauenhäuser informiert. Das Land Brandenburg fördert seit 2004 die Frauenhäuser, indem es die Mittel dafür den Landkreisen und kreisfreien Städten zuweist, die diese an die Frauenhäuser, Zufluchtswohnungen und ambulanten Beratungsangebote weiterleiten. Voraussetzung ist eine kommunale Kofinanzierung. Diese Finanzierung knüpft an die unmittelbare Bedrohungssituation der Frau an und der Zuschuss ist unabhängig vom ihrem Wohnort oder von ihrem Aufenthaltsstatus. Damit leistet rot-rot in Brandenburg mehr als andere, aber auch das deckt nur einen Teil der Kosten. Die Hilfe suchenden Frauen und Kinder müssen sich selbst an den Kosten der Unterkunft finanziell beteiligen. Verfügen sie über kein eigenes Geld müssen sie dafür SGB II, SGB XII oder Bafög bzw. BAB beantragen.

Die klammen öffentlichen Kassen in Land und Kommunen verhindern leider auch in Brandenburgs Frauenhäusern eine gute Personalausstattung und faire Bezahlung. Insbesondere fehlt außerhalb der

Landeshauptstadt eine qualifizierte Stelle für den Mädchen- und Jungenbereich.

Ohne einen verlässlichen finanziellen Beitrag des Bundes können die Defizite bei der Sicherung der Zuflucht vor häuslicher Gewalt nicht beseitigt werden. Der Bund muss endlich aufhören, seine Verantwortung zu ignorieren und den Kompetenzstreit auf dem Rücken der betroffenen Frauen und Kindern sowie der engagierten Beschäftigten in den Zufluchtsstätten auszutragen.“



Foto: Harry Hautumm, pixello.de

22.11.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11590](#) ★

Verbandsklagerecht im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz implementieren

Die derzeitige Ausgestaltung des AGG ist nicht geeignet, diskriminierte Menschen in ausreichender Weise zu schützen. Es fehlt die Möglichkeit, ergänzend zur individuellen Klage Betroffener auch Verbänden ein Klagerecht einzuräumen. DIE LINKE fordert mit dem Antrag die Bundesregierung auf, ein solches Verbandsklagerecht im AGG zu implementieren.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11589](#) ★

Auf Flüchtlingsproteste reagieren: Residenzpflicht abschaffen

In Deutschland unterliegen Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge der so genannten Residenzpflicht. Ihnen wird ein Wohnort (meist Aufnahmelager) zugewiesen, und sie dürfen den Bezirk der zuständigen Ausländerbehörde nicht ohne Erlaubnis verlassen. Bei Verstößen drohen Geldbußen und Haftstrafen. Die Durchsetzung der Residenzpflicht fördert Rassismus in der Polizei und die öffentliche Stigmatisierung von nicht-deutsch aussehenden Menschen. DIE LINKE fordert die Abschaffung der Residenzpflicht.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11588](#) ★

Sozial und regional – Tourismus in ländlichen Räumen stärken

Die Entwicklung der ländlichen Räume ist Teil der Daseinsvorsorge, in einer sich wandelnden Gesellschaft, Stichwort: demographischer Faktor. Landtourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und eignet sich besonders auch für einen sozialen, nachhaltigen Tourismus mit kurzen Anfahrtswegen. Familien mit Kindern, Jugendlichen, Menschen mit geringem Einkommen und mobil eingeschränkten Personen kommt diese Urlaubsart besonders entgegen.

22.11.2012 ▼

▶ [GESETZENTWURF – DRUCKSACHE NR. 17/11591](#) ★

Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 35 und 87a) - Bundeswehr im Inland

Der bewaffnete Einsatz der Bundeswehr im Inneren passt nicht in eine moderne Demokratie. Angesichts der Ausweitung des Aufgabenspektrums der Bundeswehr im Inneren und der zunehmenden Bereitschaft, dabei auch militärische Waffen einzusetzen, muss dem ein Riegel vorgeschoben werden. Das Gesetz soll Klarheit schaffen und gewährleisten, dass Innere und Äußere Sicherheit weiter klar getrennte Bereiche bleiben und die Streitkräfte keine Waffen gegen die Menschen in Deutschland einsetzen können.

09.11.2012 ▼

▶ [GESETZENTWURF – DRUCKSACHE NR. 17/11371](#) ★

Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des GG -Einführung von Volksabstimmungen bei Neufassung oder Änderungen der vertraglichen Grundlagen der EU

Die Verankerung von Volksabstimmungen zur Neufassung oder Änderungen der vertraglichen Grundlagen der EU und zu gleichartigen völkerrechtlichen Verträgen im Grundgesetz kann zu einer größeren demokratischen Legitimation der EU beitragen.

22.11.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11503](#) ★

Regionale Entwicklung atypischer Beschäftigung

Die Linksfraktion fragt mit dieser Kleinen Anfrage die regional differenzierten Daten für die einzelnen Formen atypischer Beschäftigung ab. Dazu zählen Minijobs, befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit und Teilzeitbeschäftigung. Das Ziel ist, den Umfang dieser Beschäftigungsformen in den einzelnen Bundesländern und Kreisen beziffern zu können.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11501](#) ★

Beitragserhöhungen, sinkender Zins und andere Herausforderungen der privaten Krankenversicherung

Die private Krankenversicherung steht mit dem Rücken an der Wand. Die Zinsen, zu denen sie die Alterungsrückstellungen der Versicherten anlegt, sind historisch niedrig. Da die Zinsgewinne in die Berechnung der Beiträge einkalkuliert und die Leistungen garantiert sind, bedeutet dies zum Teil hohe Beitragssteigerungen für die Versicherten. Die Kleine Anfrage geht dieser und anderen bedrohlichen Entwicklungen bei der privaten Krankenversicherung auf den Grund.

20.11.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11488](#) ★

Umgehung von Tarifverträgen im Einzelhandel durch christliche Gewerkschaften

Werkverträge werden im Einzelhandel zunehmend dazu eingesetzt, um die höheren Kosten durch den Mindestlohn in der Zeitarbeit zu senken. Dabei bedient sich die so genannte Instore-Logistik Branche Gefälligkeits-Tarifverträge mit christlichen Gewerkschaften, um so die Tarifverträge im Einzelhandel zu umgehen. DIE LINKE hakt nach.

20.11.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11487](#) ★

Rassistische Gewalt von Polizei und Neonazis in Griechenland und die Rolle der EU

Amnesty International belegt, wie vor allem in Griechenland die austeritäre EU die autoritäre Formierung seiner Polizeibehörden befördert. Polizeigewalt adressiert in landesweiten Razzien Flüchtlinge und Migranten, die in Gewahrsam weiter misshandelt werden. Politischer Druck von Bundesregierung und EU befördern Rassismus und Pogrome. Die EU wird so zum Komplizen der erstarkenden Neonazi-Partei „Goldene Morgenröte“. DIE LINKE hakt nach.

16.11.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11441](#)

Sprachanforderungen beim Ehegattennachzug nach erneuter Grundsatzentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts

Mit der zweiten Grundsatzentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) zur Regelung der Sprachanforderungen beim Ehegattennachzug (BVerwG 10 C 12.12 vom 4. September 2012) wird die von Beginn an scharf kritisierte Beschränkung des Ehegattennachzugs immer fragwürdiger. Umso mehr gilt es, die fadenscheinigen Argumente der Bundesregierung zur Aufrechterhaltung der diskriminierenden Regelung zu hinterfragen.

12.11.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11417](#)

Debatte über den vermeintlichen Missbrauch des Asylrechts durch serbische und mazedonische Staatsangehörige

Ungeachtet zahlreicher Diskriminierungen und rassistischer Gewalt gegen Roma in Mazedonien und Serbien diffamiert Bundesinnenminister Friedrich Asylanträge dieser Menschen in Deutschland als „Missbrauch“. Den Menschen wird unterstellt, allein wegen des Bezugs von Sozialleistungen in die Bundesrepublik zu kommen. Damit werden antiziganistische Entwicklungen sowohl in Deutschland als auch in den beiden genannten Ländern verstärkt.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11408](#)

Umsetzung der Tabakrahenkonvention

Die Bundesrepublik Deutschland hat die WHO-Tabakrahenkonvention 2003 unterzeichnet. Seitdem wurden nicht alle vertraglichen Verpflichtungen umgesetzt (beispielsweise das Verbot von Tabakwerbung in allen Formen). Die Linksfraktion will u.a. wissen zu welchen Maßnahmen sich die Bundesregierung mit der Unterzeichnung verpflichtet hat, warum von diesen bisher abgewichen bzw. diese nicht umgesetzt wurden und welche Parteispende in den letzten 10 Jahren von der Tabakindustrie an welche Parteien geflossen sind.

12.11.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11311](#)

Hepatitis C Infektionen durch verseuchte Blutprodukte - Nachfrage

In den 1980er Jahren wurden viele Hämophile durch verseuchte Blutprodukte mit Hepatitis C (HCV) infiziert. Dies geschah auch noch, als virusfreie Blutprodukte auf dem Markt waren. Das Bundesgesundheitsamt hat dabei keine gute Figur gemacht, die Bundesregierung bestreitet jedoch Fehler und damit Anrechte auf Entschädigung. Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. 17/10708 „Hepatitis C Infektionen durch verseuchte Blutprodukte“ gibt es daher einige Nachfragen.

09.11.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11309](#)

Frauen in der Leiharbeit

Immer mehr Leiharbeitskräfte werden in Dienstleistungsberufen eingesetzt. Diese Entwicklung führt dazu, dass auch mehr Frauen in der Leiharbeit tätig sind. Mit der Kleinen Anfrage soll diese Entwicklung genauer beleuchtet werden. Dabei fragt die Linksfraktion auch nach den Entgelten und den Arbeitszeiten.

22.11.2012 ▼

▶ [ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11603](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Gesamthaushalt

▶ [ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11602](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Gegen Rechtsextremismus

Die Mord- und Gewaltserie des NSU hat in aller Deutlichkeit die fahrlässige Unterschätzung des rechts-extremen Gewaltpotenzials verdeutlicht. DIE LINKE fordert als Konsequenz aus dem Versagen der Sicherheitsstrukturen einen neuen Ansatz der Auseinandersetzung mit den Gefahren durch die extreme Rechte auf den Weg zu bringen. Wichtigste Punkte für eine solche neue Strategie sind die Stärkung und dauerhafte Absicherung der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten.

▶ [ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11579](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Bildung

DIE LINKE fordert die Beendigung der strukturellen Unterfinanzierung öffentlicher Bildungsinstitutionen und den Ausbau der Bildungsförderung.

Anträge, Anfragen & Initiativen

22.11.2012 ▼

▶ [ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11572](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Entwicklungshilfe

DIE LINKE fordert, dass der selbst auferlegte Stufenplan zur anteiligen Erhöhung der Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen eingehalten wird. Der Entschließungsantrag sieht die dafür erforderlichen Mittel vor. Insbesondere geht es um die Beiträge für die Vereinten Nationen und weiter Strukturen der Multilateralen Zusammenarbeit.

▶ [ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11569](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Bundeswehr

Der Haushaltsplan für das Bundesministerium der Verteidigung steht für die Kontinuität einer kompromisslosen Auf- und Umrüstungspolitik der Bundeswehr zur Interventionsarmee seit den 1990er Jahren. DIE LINKE fordert die Kürzung der Ausgaben um fünf Milliarden Euro. Die so möglichen Einsparungen sind in Konversions- sowie in entwicklungs-, sozial-, bildungs- und umweltpolitische Projekte zu investieren.

▶ [ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11567](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Altschuldenhilfe

DIE LINKE fordert, die Mittel zur Entlastung der Wohnungsunternehmen nach der Verordnung zum Altschulden-Hilfegesetz einschließlich der aufgelaufenen Ausgabenreste effizient für die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem, altersgerechtem und klimagerechtem Wohnraum durch kommunale Wohnungsunternehmen einzusetzen und gegebenenfalls nicht verausgabte Mittel in das Folgejahr zu übertragen.

▶ [ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11566](#) ★

zum Haushaltsgesetz - Verfassungsschutz

DIE LINKE fordert den Aufbau eines Unabhängigen Beobachtungszentrums Rechtsextremismus und die Aktenaufarbeitung der Nachrichtendienstabteilungen durch neu zu schaffende Gremien von unabhängigen Wissenschaftlern und dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz (BfDI). Ausgaben für die nachrichtendienstliche Arbeit (Observationen, V-Leute und V-Leute-Führung und Abhörmaßnahmen) werden bis zur Vorlage einer Gesamtkonzeption für eine neue Sicherheitsarchitektur gesperrt.

22.11.2012 ▼

▶ [ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11564](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - EU-Haushalt

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich bei den Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen (EU-Haushalt) gegen Kürzungen im EU-Haushalt einzusetzen, da diese krisenverschärfend wirken würden. Einer Erhöhung der Haushaltsmittel soll sie nur dann zustimmen, wenn damit ein Neustart der EU hin zu einer demokratischen, sozialen, friedlichen und ökologischen Union verbunden ist.

21.11.2012 ▼

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11563](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Gegen Lobby

In Ministerien und Kanzleramt sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig, die gleichzeitig vertraglich an Unternehmen und Verbände gebunden sind. Die Abgesandten wirken zum Teil direkt an der Erstellung von Gesetzesentwürfen mit. Lobby-Gruppen können so ihre Interessen unmittelbar durchsetzen. Sich darüber öffentlich empört zu zeigen reicht nicht aus. DIE LINKE fordert, die Exekutive durch eindeutige Regeln von Lobby-Druck zu entlasten.

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11561](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Einzelplan 60 Finanzverwaltung - Steuerkonzept

DIE LINKE fordert, stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Sonderabgabe auf Boni in der Finanzbranche, Einführung einer Millionärsteuer, Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Rücknahme der Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 % auf 15 %, Abschöpfung der leistungslos erzielten Sondergewinne der Stromversorgungsunternehmen sowie Ausbau der Steuerfahndung bei Großunternehmen und Banken

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11560](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Einzelplan 12 Verkehr - Soziale Wohnraumförderung

Der rasante Anstieg der Kosten des Wohnens führt schon heute dazu, dass immer mehr Menschen mit geringem Einkommen mehr als 50 Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens für Wohnkosten aufwenden müssen. Von 2005 bis 2011 sind bundesweit die Preise für Wohnung, Brennstoffe und Wasser um 14,3 Prozent gestiegen. Wachsende Altersarmut und Verdichtung in den Ballungsräumen erfordern dringend zusätzliche Mietpreisbindungen und Belegungsrechte für mindestens 100 000 zusätzliche Wohnungen jährlich.

Anträge, Anfragen & Initiativen

21.11.2012 ▼

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11559](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Einzelplan 12 Verkehr - Stuttgart 21

DIE LINKE fordert, sich umgehend mit der DB AG und den weiteren Projektbeteiligten über einen sofortigen Baustopp von Stuttgart 21 zu verständigen und die Deutsche Bahn AG zu einer Neuplanung aufzufordern. Die dadurch frei werdenden Mittel können dann u.a. für andere Bahnprojekte in Baden-Württemberg wie insbesondere den deutlich im Zeitverzug befindlichen Ausbau der Rheintalbahn verwendet werden.

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11558](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Einzelplan 12 Verkehr - Außen- und Unterweser

DIE LINKE fordert, den weiteren Ausbau der Außenweser zu stoppen, da er ökologisch nicht vertretbar ist. Er würde zur weiteren Zerstörung der Ökosysteme einer einst einzigartigen Flusslandschaft führen und die Deichsicherheit drastisch verringern. Das entspricht dem Interesse einiger großer Reedereien und Unternehmen. Durch die Inbetriebnahme und schrittweiser Ausbau des Jade-Weser-Ports ist ein paralleler Ausbau der seewärtigen Zufahrten zum Hafen Bremerhaven nicht erforderlich.

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11557](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Einzelplan 12 Verkehr - Unter- und Außenelbe

DIE LINKE beantragt, den weiteren Ausbau der Elbe zu stoppen, da er ökologisch nicht vertretbar ist. Er würde zur weiteren Zerstörung der Ökosysteme einer einst einzigartigen Flusslandschaft führen und die Deichsicherheit drastisch verringern. Das entspricht dem Interesse einiger großer Reedereien und Unternehmen, welche die Elbvertiefung durchführen, aber nicht der großen Mehrheit der Menschen in Hamburg und im Unterelberaum.

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11546](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Einzelplan 11 Arbeit - Arbeitsförderung

DIE LINKE fordert, der Bund soll sich weiter an den Kosten der Arbeitsförderung beteiligen. Durch willkürliche Manipulationen wurde das Existenzminimum kleingerechnet. Eine sachgerechte Ermittlung des Regelsatzes („Regelbedarfsstufe 1“) liegt bei 500 Euro für eine erwachsene Person. Höhere Ausgaben der Kommunen infolge dieser Maßnahme werden vom Bund in entsprechender Höhe kompensiert. Weiter soll zur umfassenderen Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung beigetragen werden.

20.11.2012 ▼

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11537](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Einzelplan 10 Verbraucherschutz - Finanzwächter und Finanz-TÜV

DIE LINKE fordert, einen Finanz-Wächter zu etablieren, der beim Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. und den Verbraucherzentralen der Länder eingerichtet wird. Er soll aktiv, kontinuierlich, systematisch und vor allem präventiv den Finanzmarkt im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher kontrollieren und blinde Flecken aufdecken. Bei der zu schaffenden Verbraucherschutzbehörde zur Regulierung der Finanzmärkte soll eine Zulassungsstelle im Sinne eines „Finanz-TÜVs“ eingerichtet werden.

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11531](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Einzelplan 23 Entwicklung - Ziviler Friedensdienst

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11527](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Einzelplan 04 Kanzleramt - Kulturstiftung des Bundes

Im zehnten Jahr der Kulturstiftung des Bundes ist es angesichts ihrer wichtigen Aufgaben und einer veränderten künstlerischen Praxis mit einem wachsenden Gewicht der sogenannten Freien Szene dringend erforderlich, ihren Etat deutlich zu erhöhen. Die zusätzlichen Mittel sollen nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE zur Erhöhung des Bundeszuschusses an den Fonds Soziokultur um mindestens 25 Prozent eingesetzt werden, um insbesondere Projekte im interkulturellen Bereich zu fördern

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11516](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Einzelplan 15 Gesundheit - Drogenmissbrauch

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11515](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Einzelplan 15 Gesundheit - Nichtkommerzielle Pharma-Forschung

Die nichtkommerzielle klinische Forschung an Universitäten und außeruniversitären Instituten braucht nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE industrieunabhängige Unterstützung. Eine unabhängige Forschung soll insbesondere in den klinischen Forschungsgebieten Defizite ausgleichen, welche die Forschung der Pharmaindustrie mangels Profitaussichten vernachlässigt hat. Dazu gehören etwa Therapien gegen seltene Krankheiten, aber auch zur Grundlagenforschung auf dem Gebiet der großen Volkskrankheiten.

Anträge, Anfragen & Initiativen

20.11.2012 ▼

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11512](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Einzelplan 15 Gesundheit - Gesundheitsförderung

Die Bundesrepublik Deutschland braucht eine funktionsfähige Infrastruktur für Gesundheitsförderung und Prävention, die nicht allein aus den Mitteln der Sozialversicherungen aufgebaut und unterhalten werden kann. Deshalb müssen für Gesundheitsförderung und Prävention Steuermittel in einen entsprechenden Fonds eingebracht werden. Aus diesem Fonds sollen Maßnahmen finanziert werden, die den Gesundheitszustand der Bevölkerung nachhaltig bewahren bzw. anzuheben helfen.

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11511](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Einzelplan 15 Gesundheit - Investitionsstau bei Krankenhäusern

Bei den Investitionskosten in Krankenhäusern ist in den vergangenen Jahren ein Investitionsstau von 50 Mrd. Euro entstanden. Dieser Stau kann mittelfristig nicht allein von den Bundesländern behoben werden. Die Fraktion DIE LINKE. fordert deshalb, dass sich der Bund an diesen Kosten zu 50 Prozent beteiligt. Mit einer jährlichen Finanzhilfe von 2,5 Mrd. Euro aus Bundesmitteln kann der heute bestehende Investitionsbedarf bei den Krankenhäusern in den kommenden zehn Jahren abgebaut werden.

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11510](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Einzelplan 16 Umwelt - Atommüll

DIE LINKE fordert ein Konzept für die sichere Verwahrung radioaktiver Abfälle. Für Gorleben und Schacht Konrad soll eine ökologisch unbedenkliche Nutzung erfolgen. Um das Risiko der Kontamination der Biosphäre in der Zukunft durch radioaktive Stoffe so gering wie möglich zu halten und um endlich öffentliche Beteiligung und Vertrauen in die Bemühungen der sicheren Atommüllverwahrung herzustellen, ist ein völlig neuer Diskussions- Such- und Auswahlprozess nötig.

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11509](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Einzelplan 16 Umwelt - Yasuni-Projekt Ecuador

DIE LINKE fordert, dass sich Deutschland einer Zusage der Vereinten Nationen beteiligt, Ecuador für Einnahmeausfälle zu entschädigen, die dem Land dadurch entstehen, dass es, wie angekündigt, ein Erdölfeld unter einem Urwaldgebiet mit hoher Biodiversität nicht ausbeutet.

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11508](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Einzelplan 16 Umwelt - Energiesparfonds

Effiziente und sparsame Energienutzung kann mittelfristig für die meisten Probleme der Energiepolitik den schnellsten, größten und wirtschaftlichsten Lösungsbeitrag leisten und hat dabei positive Nettoeffekte für Wirtschaft und Beschäftigung. DIE LINKE beantragt deshalb 2,5 Milliarden Euro für einen Energiesparfonds.

20.11.2012 ▼

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11507](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Einzelplan 16 Umwelt - Erneuerbare Energien

In den kommenden Jahren müssen die Weichen für einen konsequenten Umstieg auf die Nutzung erneuerbarer Energien bei gleichzeitig sparsamerem und effizienterem Umgang mit Energie gestellt werden. Insbesondere bei der Nutzung erneuerbarer Energien zur Deckung des Wärme- und Kältebedarfs, in den Bereichen Geothermie, Netz- und Speichertechnologien sowie bei der Realisierung erneuerbarer Kraftwerksverbände bedarf es verstärkten Engagements durch Forschungs-, Förder- und Investitionsprogramme.

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11506](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Einzelplan 16 Umwelt - Partikelfilter

Aus gesundheits- und klimapolitischer Sicht fordert DIE LINKE die Weiterführung des Förderprogramms zum Nachrüsten von Partikelfiltern: Dieselruß verursacht Atemwegs- und Herz-Kreislaufkrankungen. Infolge von Feinstaubbelastung sterben in Deutschland nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO jährlich etwa 70.000 Menschen vorzeitig. Des Weiteren beschleunigen niedergeschlagene Feinstaubemissionen auf Hochgebirgsgletschern und dem arktischem Eis die Eisschmelze.

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11505](#) ★

zum Haushaltsgesetz 2013 - Einzelplan 06 Innen - Integrationskurse

DIE Linke fordert für ein qualitativ hochwertiges Integrationskursangebot für möglichst viele Betroffene und eine faire Bezahlung der Lehrkräfte. Gegenwärtige Verschlechterungen des Sprachkursangebots sollen rückgängig gemacht werden.



Reden

09.11.2012 – DIANA GOLZE

Betreuungsgeld ist Lebenserhaltungsmaßnahme für Schwarz-Gelb zu Lasten von Kindern, Frauen und Familien

Rede in der abschließenden Debatte über das Betreuungsgeld

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Meinhardt, Sie haben in Ihrer Rede gesagt: Es muss mehr Glaubwürdigkeit in die Debatte. - Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten damit angefangen. Ich kann Ihnen die Anträge zum Thema Betreuungsgeld, die Sie als FDP-Fraktion, als Sie noch in der Opposition waren - was Sie bald, wenn überhaupt, wieder sein werden -, vorgelegt haben, sehr gerne in Erinnerung rufen. Auch in diesen Anträgen haben Sie behauptet, Sie seien gegen das Betreuungsgeld. Heute wollen Sie etwas anderes beschließen, im Gegenzug zur Verabschiedung eines Gesetzes, das mit dem Betreuungsgeld nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. Es ist das Ergebnis eines Kuhhandels im Koalitionsausschuss, der nur dem Zweck diene, diese Regierung am Leben zu erhalten auf Kosten von Kindern, auf Kosten von Frauen, auf Kosten von Familien. Das möchte ich Ihnen gerne deutlich machen.

Wir haben bereits in dieser Debatte darüber gesprochen, welchen Einfluss dieses Betreuungsgeld auf den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung höchstwahrscheinlich haben wird. Wir haben die Erfahrungen aus anderen Ländern - unter anderem den skandinavischen Staaten, in denen es so etwas Ähnliches wie das Betreuungsgeld gab -, dass dieses Betreuungsgeld einen erheblichen negativen Einfluss auf das Angebot und die Nachfrage von Kindertagesbetreuungsplätzen hatte. Das Gerede von Wahlfreiheit kann ich einfach nicht mehr ertragen.

▶ weiterlesen [HIER](#)





Sabine Stüber



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385155
Telefax: (03334) 385156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau

Diesterwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 8621862
Telefax: (03984) 8621863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Thomas Nord



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 869 508 31
Telefax: (0335) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro in Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 34 26 18
Telefax: (03361) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Diana Golze



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72329
Telefax: (030) 227-76329
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 494521
Telefax: (03385) 494522
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 53
14806 Belzig
Telefon: (033841) 32547
Telefax: (033841) 43880
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

Wahlkreisbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de

Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Wolfgang Nešković



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72065
Telefax: (030) 227-76468
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Cottbus

Straße der Jugend 114
03046 Cottbus
Telefon: (0355) 7842350
Telefax: (0355) 7842351
E-Mail: wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de

Dr. Dagmar Enkelmann



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-78220
Telefax: (030) 227-76219
E-Mail: dagmar.enkemann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bernau

Berliner Str. 17
16321 Bernau b. Berlin
Telefon: (03338) 459-543
Telefax: (03338) 459-549
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 –
17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung
E-Mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de

Wahlkreisbüro Strausberg

Wallstr. 8
15344 Strausberg
Telefon: (03341) 303-984
Telefax: (03341) 303-985
E-Mail: dagmar.enkemann@wk.bundestag.de

Dr. Kirsten Tackmann



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-74308
Telefax: (030) 227-76308
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kyritz

Wilsnacker Straße 1
16866 Kyritz
Telefon: (033971) 32-857
Telefax: (033971) 32-893
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

Büro Perleberg

Bäckerstraße 21
19348 Perleberg
perleberg@kirsten-tackmann.de

Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 20009-0
Telefax: (0331) 20009-10
E-Mail: info@dielinke-brandenburg.de



Foto: Torsten Rissmann_pixelio.de

Deutscher Bundestag

Fraktion DIE LINKE

Landesgruppe Brandenburg

V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: (030) 227 - 72675

Fax: (030) 227 - 76675

E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

LAYOUT: K. BRÜCKNER

DIE LINKE.
B R A N D E N B U R G



Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild! Der nächste Bundestagsreport erscheint am 30.11.2012.



DIE LINKE.
BRANDENBURG

